

Zukunft gestalten durch faire Chancen für Jung und Alt

Keynote von
Bundesministerin Dr. Kristina Schröder
zum 2. Berliner Demografie Forum
„Generationen – Lernen - Wohlstand“
in der European School of Management and Technology, Berlin
9. Januar 2013

(Überarbeitetes Redemanuskript. Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Professor Ischinger,
Sehr geehrter Herr Diekmann,
Sehr geehrte Frau Professor Jayaraman,
Sehr geehrter Herr Leterme,
Sehr geehrte Damen und Herren!

I.

„Generationen – Lernen – Wohlstand“ – der sehr puristisch anmutende Titel des zweiten Berliner Demografieforums lässt viel Interpretationsspielraum, legt aber zumindest nahe, dass ein Zusammenhang existiert zwischen generationenübergreifendem Zusammenhalt und gesellschaftlichem Fortschritt.

Diesen Zusammenhang hat eine amerikanische Anthropologin, Rachel Caspari, auf sehr ungewöhnliche Weise nachgewiesen – nämlich für die Zeit vor ungefähr 30.000 Jahren. Sie fragte sich, warum es zu dieser Zeit plötzlich einen Schub an neuem Wissen und neuen Techniken gab.

Sie stellte fest, dass es vor 30.000 Jahren eine Veränderung im Altersgefüge der Menschen gab – und zwar eine so einschneidende Veränderung, dass sie zu unserem heutigen demografischen Wandel Analogien aufweist: Die Menschen wurden älter mit der Folge, dass es zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte eine nennenswerte Zahl an Großeltern gab. Dadurch gab es die Möglichkeit, Erfahrungen und Wissen weiter zu geben und das sorgte, so die Erkenntnis von Rachel Caspari, dafür, dass sich der moderne Mensch entwickeln konnte.

Das fand ich insofern interessant, als es ja meistens nur um junge Menschen geht, wenn von kulturellem Wandel die Rede ist: Die Ideen, die Kreativität und auch den Wagemut, der nötig ist, um gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken, schreiben wir eher der jungen Generation zu. Gesellschaftlicher Fortschritt braucht aber beides: das Erfahrungswissen der Älteren und den Pioniergeist der Jüngeren.

II.

Darum wird es beim 2.Berliner Demografieforum gehen:

- um Teilhabe von Jung und Alt,
- um lebenslanges Lernen von der frühen Kindheit bis ins hohe Alter und
- um Wohlstand durch Innovation einerseits und Weitergabe von Erfahrung andererseits.

Dieses Themenspektrum ist nicht gerade ein bescheidener Anspruch für zwei Tage. Eine Nummer kleiner geht es aber kaum, wenn wir über demografischen Wandel reden.

Unsere Gesellschaft wird schrumpfen, sie wird altern und sie wird vielfältiger. Das alles verändert die Grundlagen der sozialen Sicherung, des wirtschaftlichen Erfolgs und des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft. Deshalb kommt es noch viel mehr als bisher auf Teilhabe an, auf Zusammenhalt und Austausch, wenn wir unseren Wohlstand in einer Gesellschaft des langen Lebens erhalten wollen.

Für die Politik ergeben sich daraus, über den Verlauf eines langen Lebens betrachtet, eine ganze Reihe von Ansatzpunkten:

- zunächst einmal in der frühen Kindheit und Jugend, wo die Weichen für einen erfolgreichen Lebensweg gestellt werden.
- dann natürlich in der Phase der Berufstätigkeit, in der auch Kinderwünsche verwirklicht werden sollen und beides, Fürsorge und Beruf, vereinbart werden muss.
- und schließlich auch im Alter, wo sich entscheidet, ob Menschen ihre Erfahrung und ihr Wissen einbringen und weitergeben können.

Das Leben nach 60 nur als „Ruhestand“ zu begreifen, wird dem Wunsch nach Teilhabe der Älteren nicht gerecht – so wenig wie es den Bedürfnissen der mittleren Generation gerecht wird, wenn die Entscheidung für Kinder eine Entscheidung gegen den Beruf ist und umgekehrt. Beides ist auch ökonomisch kontraproduktiv.

Faire Verwirklichungschancen für eigene Vorstellungen von einem guten Leben sind deshalb aus meiner Sicht der entscheidende Ansatzpunkt für politische Weichenstellungen. Dabei spielen faire Chancen für Kinder natürlich aus nahe liegenden Gründen eine entscheidende Rolle. Denn der Grundstein für einen erfolgreichen Lebensweg wird in den meisten Fällen in der Kindheit gelegt. Die erste und wichtigste Verantwortung tragen die Eltern.

Was Familien Kindern mitgeben fürs Leben, lässt sich niemals delegieren oder gar ersetzen! Familien geben Kindern das nötige Rüstzeug für einen erfolgreichen Bildungs- und Lebensweg und Familien vermitteln Kindern darüber hinaus Werte, die unsere Gesellschaft tragen: Vertrauen, Verantwortung und die Bereitschaft, füreinander einzustehen.

Deshalb kommt es zunächst einmal darauf an, Eltern das zu geben, was sie brauchen, um gute und starke Eltern sein zu können. Das ist auch, aber nicht nur, eine Frage des Geldes - es ist auch eine Frage der Zeit! Deshalb ist es mir so wichtig, für berufstätige Mütter und Väter mehr Zeitsouveränität, mehr Freiräume zu

schaffen. Es muss möglich sein, sich Zeit für die Familie zu nehmen, ohne deshalb dauerhaft auf berufliche Chancen verzichten zu müssen!

Mit unserem Programm „Erfolgsfaktor Familie“ werben wir seit langem erfolgreich für Familienfreundlichkeit in Unternehmen. Wir stoßen dabei zunehmend auf offene Ohren in der Wirtschaft, denn in den Personalabteilungen wird registriert, dass die begehrten Fachkräfte großen Wert legen auf familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Für 91 Prozent der Beschäftigten zwischen 25 und 39 Jahren spielt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mittlerweile eine wichtigere oder ebenso wichtige Rolle wie das Gehalt. 75 Prozent der Beschäftigten unter 40 würden für ein familienfreundlicheres Arbeitsumfeld den Job wechseln – 60 Prozent sind es bei den 40-49jährigen.

Frauen und Männer in Deutschland wollen es sich leisten können, ihrer Familie den Stellenwert im Leben einzuräumen, den sie aus ihrer Sicht verdient – und zwar auch und gerade dann, wenn sie berufstätig sind. Hier ist vor allem entscheidend, in den Unternehmen von der Präsenzkultur wegzukommen. Leider beschränken sich familienpolitische Diskussionen viel zu oft auf die Frage, wie man Familie vereinbar mit dem Berufsleben macht.

Das geht soweit, dass Forderungen erhoben werden, die Elternzeit zu kürzen. Manche halten ein Jahr Zeit für das Kind nach der Geburt für zu viel. Mich ärgert, dass die Bedürfnisse von Eltern und Kindern oft nur als störender Sand im Getriebe betrieblicher Effizienz vorkommen, den man loswerden muss, damit auch Mütter und Väter dem Arbeitsmarkt ohne Einschränkungen als Humankapital zur Verfügung stehen können.

Familien sind aber nicht der Steinbruch der Wirtschaft zur Fachkräftesicherung, meine Damen und Herren! Aufgabe der Politik ist nicht, Familien arbeitsplatzgerecht zu machen. Aufgabe von Politik und Wirtschaft ist es, Arbeit familiengerecht zu machen! Und das heißt: Freiräume für das Familienleben zu schaffen. Dafür gibt es das Elterngeld, dafür gibt es die Elternzeit mit den Vätermonaten, und dafür haben

wir Unternehmensprogramme wie „Erfolgsfaktor Familie“ und die Initiative „Familienbewusste Arbeitszeiten“ ins Leben gerufen.

III.

Um faire Chancen, nämlich um faire Bildungschancen für Kinder und um berufliche Chancen für Mütter und Väter geht es auch beim Kita-Ausbau. Das ist das Thema, das für mich insbesondere im Jahr 2013 ganz oben auf der politischen Agenda steht.

Zum 1. August 2013 tritt der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab dem 1. Geburtstag in Kraft, so wie wir das mit den Ländern und den Kommunen beim Krippengipfel 2007 vereinbart haben. Dieser Rechtsanspruch ist absolut entscheidend, sowohl für die beruflichen Chancen von Eltern als auch für frühkindliche Bildungschancen vieler Kinder. Deshalb halte ich auch ohne Wenn und Aber an diesem Rechtsanspruch fest!

Und deshalb haben wir die Mittel für den Kita-Ausbau auch gerade noch einmal deutlich aufgestockt – um über 580 Millionen. Damit ermöglichen wir Ländern und Kommunen die Einrichtung von mindestens 30.000 zusätzlichen Betreuungsplätzen – zusätzlich zu den 750.000, die bereits finanziert sind. Insgesamt stellt der Bund damit bis 2013 4,6 Milliarden Euro für den Kita-Ausbau zur Verfügung und beteiligt sich ab 2014 mit 845 Mio. Euro jährlich an den Kosten für den laufenden Betrieb. Zusätzlich fließen bis 2014 im Rahmen der Offensive „Frühe Chancen“ noch einmal 400 Millionen in den qualitativen Ausbau. In bis zu 4.000 Schwerpunktkitas „Sprache und Integration“ werden Voraussetzungen geschaffen, damit Kinder mit Sprachproblemen besonders gefördert werden können.

Angesichts dieser gewaltigen Summen, die wir hier investieren, obwohl die Finanzierung des Kita-Ausbaus Ländersache ist, dürfte klar sein: Der Kita-Ausbau hat für die Bundesregierung oberste Priorität. Wir haben jedenfalls auf Bundesebene alle Mittel mobilisiert, mit denen wir den Kita-Ausbau voranbringen können.

Nun geht es vor allem darum, weiterhin bestehende Ausbau-Hemmnisse in enger Kooperation mit Ländern und Kommunen zu beseitigen. Dazu habe ich 2012 ein 10-Punkte-Programm aufgelegt.

- Mit zinsgünstigen Krediten beispielsweise helfen wir den Kommunen, ihre Eigenanteile für den Kita-Ausbau aufzubringen. Das senkt die finanziellen Hürden.
- Als Hemmnis erweisen sich vielerorts auch die fehlenden Fachkräfte. Deshalb werden wir im Bundesprogramm „Lernort Praxis“ praxisintegrierte und berufsbegleitende Ausbildungen zum Erzieher oder zur Erzieherin fördern.
- Ein weiterer Teil des Zehn-Punkte-Programms betrifft die Kindertagespflege: Wir wollen Tagespflegepersonen eine sichere Perspektive geben. Durch die Förderung des sogenannten Festanstellungsmodells helfen wir Tagesmüttern und –vätern, von ihrem Einkommen zu leben.
- Und schließlich will ich auch die Wirtschaft in die Verantwortung nehmen. Unternehmen profitieren vom Kita-Ausbau, deshalb ist es nur fair, wenn sie sich auch daran beteiligen. Ich habe dazu ein Förderprogramm für mehr betrieblich unterstützte Kinderbetreuung gestartet, das den Unternehmen einen zusätzlichen Anreiz gibt, ihren Beitrag zu leisten. Der bisherige Zuspruch und die zunehmende Zahl von Betriebskitas zeigen, dass Unternehmen dazu auch bereit sind, und das freut mich sehr!

Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ist jedenfalls unverrückbar! Es geht darum, Kindern Bildung, Erziehung und Betreuung gemeinsam mit Gleichaltrigen zu ermöglichen. Es geht darum, Familien die Möglichkeit zu geben, ihr Leben nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Es geht darum, Familien finanzielle Sicherheit zu geben, indem beide Elternteile arbeiten können.

IV.

Das Thema Kinderbetreuung ist im Übrigen in vielen Familien auch ein schönes Beispiel für den Zusammenhalt der Generationen. Für viele berufstätige Mütter und Väter sind die eigenen Eltern eine wichtige Unterstützung: 51 Prozent der Großeltern beteiligen sich an der Kinderbetreuung ihrer Enkel.

Diese starken Generationenbeziehungen will ich mit der Einführung einer Großelternzeit stärken. Der Anspruch auf Elternzeit soll auf die Großeltern übertragen werden können.

Dadurch haben Oma oder Opa die Möglichkeit, für eine Zeit lang ihre eigene Erwerbstätigkeit zu unterbrechen, um sich um ihre Enkel zu kümmern. Wenn zum Beispiel ein Platz in der favorisierten Kita erst im September frei wird, die Mutter ihre Elternzeit aber wegen eines wichtigen Projekts im Job schon im Juni beenden will, können Oma oder Opa den Juli und August Großelternzeit nehmen und die Zeit bis zum Kita-Start überbrücken. Das werden sie aber nur tun, wenn sie dafür nicht ihren eigenen Job riskieren müssen, und genau das soll die Großelternzeit sicherstellen.

Das nützt im Übrigen nicht nur den Familien, sondern auch den Unternehmen: Wenn Großeltern die Möglichkeit haben, ihren Kindern in der Elternzeit auszuhelfen, dann helfen sie damit auch den Unternehmen, eine junge, gut qualifizierte Mutter schneller wieder zurück in den Betrieb zu bekommen. Die Einführung einer Großelternzeit ist deshalb auch Teil der Demografiestrategie der Bundesregierung.

Doch nicht nur in der Familie bringen Ältere sich ein. In Deutschland ist die Zahl der Erwerbstätigen in den letzten Jahren deutlich gestiegen – wesentlich getragen durch den Anstieg der Erwerbsbeteiligung der Altersgruppe 55+. Und: Viele ältere Menschen engagieren sich ehrenamtlich.

Ältere Menschen sitzen also nicht zu Hause und warten darauf, dass der Staat oder jemand anders sie „aktiviert“. Wer kann, nutzt die gewonnenen Jahre bei guter Gesundheit in der Verantwortung für sich und für andere.

Das bestätigen auch die guten Erfahrungen, die wir mit der Öffnung des Bundesfreiwilligendienstes für alle Generationen gemacht haben. Die Bundesregierung hat vor eineinhalb Jahren die Wehrpflicht ausgesetzt – und damit auch den Zivildienst. Viele haben vermutet, dass es ohne Dienstpflicht zur Katastrophe kommt. Wir haben dafür den Bundesfreiwilligendienst eingeführt: ohne Zwang aber dafür offen für alle. Mit 35.000 Freiwilligen kompensiert der

Freiwilligendienst den Zivildienst praktisch komplett. Über 20 Prozent der liebevoll als „Bufdis“ bezeichneten Freiwilligen sind über 50 Jahre alt.

V.

Meine Damen und Herren,

die Lebensphase Alter gewinnt im demografischen Wandel in doppelter Hinsicht an Bedeutung: Zum einen – als Lebensphase, in der Menschen viel Wissen, Erfahrung und Zeit zu geben haben und sich engagieren wollen. Zum anderen als Lebensphase, in der Menschen auf Hilfe und Fürsorge anderer angewiesen sind.

Faire Chancen auf Teilhabe verdienen Menschen auch dann, wenn sie hilfs- und pflegebedürftig sind. Teilhabe heißt hier: möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Die meisten pflegebedürftigen Menschen wollen, das wissen wir aus Umfragen,

so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Umfragen bestätigen außerdem, dass die meisten Menschen die Verantwortung für ihre pflegebedürftigen Angehörigen nicht an ein Heim delegieren wollen!

Sie wollen sich selbst kümmern – den Eltern oder dem eigenen Partner einen würdigen Lebensabend ermöglichen, und zwar auch dann, wenn sie berufstätig sind. Deshalb habe ich für die Einführung der Familienpflegezeit gekämpft, die die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf erleichtert. In Deutschland werden zwei Drittel aller Pflegebedürftigen von Angehörigen gepflegt.

Für diejenigen Pflegenden, die noch im Arbeitsleben stehen, bedeutete Pflege früher ab einen gewissen Punkt der Abschied vom Beruf, meist ohne Wiederkehr. Beträchtliche Einbußen bei der Rente waren die Folge. Die Familienpflegezeit hat die Situation für pflegende Angehörige deutlich verbessert. Vorher konnten sie nur sechs Monate lang eine Auszeit für die Pflege von Angehörigen nehmen – bei komplettem Gehaltsverzicht. Jetzt bleibt ihnen ein Großteil des Gehaltes, und sie haben zwei Jahre Zeit für die Pflege – und können die Pflege dann an den Bruder oder andere Verwandte übergeben.

Lassen Sie sich nicht täuschen oder beeindrucken von einer angeblich noch zu schwachen Resonanz der Familienpflegezeit. Die Probleme und Herausforderungen, die der demografische Wandel für den Pflege-Bereich bedeutet, lassen sich nicht in zwölf Monaten lösen, dafür werden wir Jahre brauchen. Umso wichtiger ist, dass wir jetzt die Grundlagen gelegt haben, auf denen neue Ansätze des gesellschaftlichen Zusammenhalts wachsen können.

Unser Land wird die Herausforderungen bei der Pflege nicht alleine durch neue Gesetze lösen können. Wer glaubt, den demografischen Wandel alleine mit neuen Leistungsgesetzen und Rechtsansprüchen bewältigen zu können, hat die Dimension der Herausforderungen nicht begriffen.

Neben besseren Bedingungen für die Pflege durch Angehörige brauchen wir auch bessere Arbeitsbedingungen in der professionellen Pflege. Die Zahl der Beschäftigten im professionellen Pflegesektor ist seit 1999 um 42 Prozent gestiegen und liegt mittlerweile über der Zahl der Beschäftigten in der Autoindustrie.

Damit wir auch morgen genug Fachkräfte in der Pflege haben, habe ich die Initiative für eine „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“ gestartet und im Dezember mit drei weiteren Bundesministern und vielen Verbänden unterzeichnet, um mehr junge Menschen für die Altenpflege zu gewinnen. Die Vereinbarung enthält das konkrete Ziel, die Zahl der Auszubildenden in der Altenpflege in den nächsten drei Jahren jährlich um 10 Prozent zu steigern. Und gerade in der Pflege werden in den nächsten Jahren weitere politische Maßnahmen dringend notwendig sein.

VI.

Dabei gilt, wie auch bei allen anderen Themen, die ich angesprochen habe: Der Bund kann die Herausforderungen des demografischen Wandels nicht allein bewältigen, schon deshalb, weil sich der demografische Wandel in jeder Kommune ein Stück weit anders darstellt. Darum haben wir die Länder und Kommunen sowie die Zivilgesellschaft in die Umsetzung der Demografiestrategie eingebunden, und ich bin sehr froh über die gute Zusammenarbeit in den drei Arbeitsgruppen, für die das Bundesfamilienministerium federführend ist.

Mein Kollege, Bundesminister Friedrich, wird morgen mehr über die Demografiestrategie der Bundesregierung berichten, sicher auch über die Einbindung der Kommunen. Denn gerade auf kommunaler Ebene gibt es viele gute Ideen für ein generationenübergreifendes Miteinander.

In den letzten Jahren wurden dafür mehrere Kommunen mit dem Deutschen Engagementpreis ausgezeichnet, den mein Haus fördert:

- 2012 hat Pirmasens, eine kleine Stadt in Rheinland-Pfalz, den Deutschen Engagementpreis gewonnen. Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft hatten dort einen „Pakt für Pirmasens“ geschlossen: Damit haben sie aus ihrer Gemeinde eine Gemeinschaft gemacht, in der Alt und Jung sich gegenseitig helfen. So begleiten zum Beispiel ehrenamtliche Patinnen und Paten den Lebensweg von Kindern und Jugendlichen mit dem Ziel, ihre Talente zur Entfaltung zu bringen.
- 2011 war Augsburg Preisträger. Hier haben sich in einem „Bündnis für Augsburg“ rund 1.800 Menschen jeden Alters engagiert, um gemeinsam die Lebensqualität in ihrer Stadt zu steigern.
- 2010 gewann das sauerländische Arnsberg. Ihr Konzept zum Umgang mit den demografischen Veränderungen heißt „Jung und Alt meistern die Zukunft!“ In Stadtteilkonferenzen und Zukunftswerkstätten wurden Angebote erarbeitet, die den Zusammenhalt der Generationen fördern.

Das sind Beispiele, die zeigen, was Eigeninitiative vor Ort bewirken kann gerade im Hinblick auf unser Thema „Generationen – Lernen – Wohlstand“.

VII.

Damit, meine Damen und Herren, möchte ich schließen, auch wenn es auf diesem weiten Feld noch vieles zu erörtern gäbe. Ich halte es nun aber mit Blick auf die Uhr lieber mit einem britischen Politiker, der einmal gesagt haben soll: „Fasse dich stets kürzer als irgendein Zuhörer zu hoffen wagte.“

Bevor ich an den stellvertretenden Generalsekretär der OECD, Herrn Leterme übergebe, möchte ich Herrn Diekmann und der Allianz sowie Herrn Professor

Ischinger für die Initiative zu diesem Demografie Forum herzlich danken. Es freut mich sehr, dass das diesjährige Forum ein solch großes und besonders internationales Interesse findet. Das ist vor allem Herrn Prof. Deville und seinem Team zu verdanken, die diese hochkarätige Veranstaltung wieder so professionell vorbereitet haben.

Ich danke auch Herrn Prof. Rocholl, der das Demografieforum wieder in seine Hochschule eingeladen hat, und Herrn Prof. Rogall von der Robert-Bosch Stiftung, die uns mit dem Young Experts Panel ein neues, bereicherndes Format ermöglicht. Besonders danke ich den internationalen Gästen, die teilweise eine sehr weite Anreisen hatten: Herzlich willkommen hier in Berlin!

Ich freue mich auf die Impulse, die von diesem zweiten Berliner Demografieforum ausgehen werden, ganz besonders auch auf die Impulse aus anderen Ländern, und wünsche Ihnen und uns allen erkenntnisreiche Diskussionen!